Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3667, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf · Nr 131 · B 65 MITTWOCH, 18. MÄRZ 1931 ABEND-AUSGABE · V

Länder helfen Wirth

Gegen die Mordhetze

Die Konferenz der Länder Minister, die heute zusammengetreten ist, hat eine besondere Bedeutung durch die rechtsradikalen Mordtaten in Hamburg erlangt. Die Reichsregierung ist entschlossen, der Mordhetze, die in Wort und Schrift betrieben wird, mit größter Entschiedenheit entgegenzutreten. Sie kann dabei, wie sich aus dem bisherigen Verlauf der Konferenz ergeben hat, auf die Hilfe des größten Teils der deutschen Länder rechnen.

Für Preußen nimmt teil der Innenminister Severing, für Bayern Innenminister Stützel, für Sachsen der Innenminister Richter, für Württemberg Staatspräsident Bolz, für Baden Staatspräsident Minister Leuchner. Außerdem wurde der Hamburger Senator de Chapeaurouge zu der Besprechung zugezogen.

Neben den Maßnahmen gegen die Ausartung des Parteikampfes werden Vorschläge erörtert, die kommunistische „Gottlosen-Propaganda" einzuschränken.

*

Die vom „Kampfbund gegen den Faschismus" für Freitag angesetzte Kundgebung im Lustgarten, die als Protest gegen die Ermordung des Hamburger kommunistischen Bürgerschaftsabgeordneten Henning gedacht war, ist heute mittag vom Polizeipräsidenten auf Grund des § 123 der Reichsverfassung (Gefährdung der öffentlichen Ordnung) verboten worden.

Scharfes Eingreifen Löbes

Im Reichstag, der heute den Etat des Reichspostministeriums berät, brachte vor Eintritt in die Tagesordnung der Abgeordnete Maddalena (Komm.) einen Antrag ein auf Aufhebung des vom Hamburgischen Senat verfügten Demonstrationsverbots sowie Aufhebung des Verbots der in Hamburg erscheinenden kommunistischen Zeitungen. Der Antrag sollte sofort verhandelt werden. Abg. Maddalena, der ihn begründete, begann: „In demselben Augenblick, wo Herr Sollmann hier seine heuchlerische Rede . . ." Bei diesen Worten ertönte die Präsidentenglocke, unter allgemeinem Beifall entzieht Präsident Löbe dem Redner das Wort. Während er die Tribüne verläßt, fährt Abgeordneter Maddalena fort: „Die Arbeiterschaft wird Ihnen die Antwort geben, Herr Präsident!" — Präsident Löbe: „Zwingen Sie mich nicht, schärfere Maßnahmen zu ergreifen!" (Lärm bei den Komm.)

Dann nimmt **Reichspostminister Dr. Schätzel** das Wort.

Der hob die Ausgestaltung des Verkehrs hervor. Am Ende des laufenden Rechnungsjahres werden schätzungsweise 1150 Landkraftposten mit 14 700 Poststellen und 2400 Postagenturen vorhanden sein, die rund 6,8 Millionen Einwohner versorgen. 2340 Linien mit etwa 45 800 Km. Streckenlänge umfaßte Ende 1930 das Kraftpostnetz. Die enge Zusammenarbeit zwischen Reichspost und Reichsbahn bei der durchgehenden Abfertigung von Reisenden und Gepäck hat sich bewährt.

Im Sommer hatte man 110 Luftpostlinien und im letzten Winter 26. Einen gewissen Eindruck von der Tätigkeit der Luftpost erhält man, wenn man sich vergegenwärtigt, daß im Sommer 1930 von ihr Briefe, Pakete und Zeitungen im Gesamtgewicht von mehr als 427 000 Kg. befördert wurden. Das bedeutet eine Verkehrssteigerung um 58 v. H. gegenüber dem Vorjahr.

Die Post hat jetzt fast eine Million Postscheckkunden. Allerdings ist der Gesamtumsatz auf den Konten um rund acht Milliarden auf 130 Milliarden gesunken. Im Juni vorigen Jahres wurden Postscheckschecks eingeführt; man konnte 20 000 Schecks über fast elf Millionen ausstellen.

Die Verbilligungsmaßnahmen wurden auch im letzten Jahre im Telegrafenwesen fortgesetzt. Die Unterlagerungstelegrafie machte weitere 40 000 Kilometer oberirdischer Telegrafenleitungen entbehrlich. Das Bildtelegrafennetz wurde ausgebaut, der Funktelegrafenverkehr erweitert.

Zehn Kurzwellensender sind bei der Großfunkstation in Nauen, vier Kurzwellenempfänger bei der Funkempfangsstelle Beelitz in Betrieb genommen worden. Dreizehn Empfänger befinden sich im Bau. **Die Zahl der Rundfunkteilnehmer betrug Ende 1930 rund 3¼ Millionen.** Das bedeutet gegen das Vorjahr eine Zunahme um eine halbe Million. Die ersten beiden Großsender in Mühlacker und Heilsberg wurden in Betrieb genommen. Weitere Großsender sollen in den Sendebezirken Berlin, Breslau, Hamburg, Leipzig und München errichtet werden. Die Großsender in Königswusterhausen und in Langenberg werden verstärkt.

Günstig ist die Entwicklung des Fernsprechwesens. Man zählte am Ende des Betriebsjahres 1686 selbständig betriebene Fernsprechämter. Bisher sind rund 57 v. H. aller Hauptanschlüsse an selbsttätige Vermittlungsstellen herangeführt. Eine Neuerung wird für den Fernsprechverkehr auf Eisenbahnreisen eingeführt werden. **Dem reisenden Publikum wird die Möglichkeit gegeben, während der vielfach nur kurzen Zugaufenthalte Ferngespräche zu führen.**

Wer wird der neue Bürgermeister?

Die neue Verfassung Berlins wird heute im Landtag verabschiedet. Morgen tritt der Wahlausschuß für den Oberbürgermeisterposten zum erstenmal zusammen. Die Zeit drängt, da das neue Gesetz bereits am 1. April in Kraft tritt.

In Stadtverordnetenkreisen ist neuerdings der Gedanke aufgetaucht, an den preußischen Finanzminister Höpker-Aschoff heranzutreten, dessen Energie und Geschicklichkeit in weitesten Kreisen Anerkennung gefunden hat. Höpker-Aschoff selbst hat sich zu diesem Plan noch nicht geäußert.

Wünsche aus Berliner Kreisen, die jetzigen zwölf unbesoldeten Stadträte bis zum Ablauf ihrer Wahlperiode zu belassen, haben keine Aussicht auf Annahme. Es bleibt bei den Ausschußbeschlüssen (sechs Stadträte). Die dritte Lesung erfolgt am 26. März.

Todesstrafe gegen Tetzner beantragt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

REGENSBURG, 18. MÄRZ

Im Mordprozeß Tetzner stellte heute der Staatsanwalt nach kurzem Plaidoyer folgende Strafanträge:

Erich Tetzner wegen vollendeten Mordes in Tateinheit mit Versicherungsbetrug: Todesstrafe, wegen versuchten Mordes 12 Jahre Zuchthaus, lebenslänglichen Ehrverlust.

Frau Tetzner wegen Beihilfe zum Morde und zum Versicherungsbetrug: 6 Jahre Zuchthaus unter Anrechnung der Untersuchungshaft, 10 Jahre Ehrverlust.

Den Bericht über die heutige Verhandlung veröffentlichen wir an anderer Stelle des Blattes.

Weitere Ausdehnung der Osthilfe

Beschluß des Reichstagsausschusses

Im Reichsausschuß für Ostfragen wurde bei der Beratung des Osthilfegesetzes beschlossen, das räumliche Geltungsgebiet der allgemeinen Hilfsmaßnahmen auszudehnen auf den Regierungsbezirk Stettin, soweit er östlich der Oder liegt, sowie auf die an die Tschechoslowakei angrenzenden Kreise Niederschlesiens, Sachsens und Bayerns. An Stelle der einzelnen aufgeführten Kreise der Provinzen Pommern und Niederschlesien tritt für die allgemeinen Hilfsmaßnahmen das gesamte Gebiet Pommerns und Niederschlesiens.

Die Paragraphen, wonach die Reichsregierung in den Rechnungsjahren 1932 bis 1936 jeweils Mittel in Höhe von mindestens 20 Millionen RM zur Linderung der besonderen Notlage auf wirtschaftlichem, gewerblichem, sozialem und kulturellem Gebiete bereitzustellen sind, sowie die Ermächtigung für den Reichsernährungsminister, den Zinssatz von Darlehen für landwirtschaftliche Bodenverbesserungen bis auf ein Prozent zu verbilligen, wurden unverändert angenommen. Die Höhe der Darlehen, die die Bank für Deutsche Industrieobligationen zu gewähren hat, wurden auf 50 Millionen RM festgesetzt.

Die Bestimmungen über den Bau von Eisenbahnen und anderen Verkehrslinien wurden dahin erweitert, daß im Regierungsbezirk Niederbayern die Bahnlinie Bodenmais-Kötzing gebaut werden soll. Ferner wurde eine Entschließung angenommen, wonach der obere Pregel von Wehlau bis Insterburg schiffbar gemacht und der masurische Kanal fertiggestellt werden soll.

Es ist anzunehmen, daß die heutigen Beschlüsse des Ostausschusses schon im Haushaltsausschuß oder spätestens im Plenum wieder korrigiert werden.

Handelsbeziehungen

Polenvertrag und Rußlandgeschäft

Man kann vielleicht bedauern, daß heute noch stärker als vor dem Kriege Handelsbeziehungen zwischen den einzelnen Staaten fast ausschließlich politisch gewertet und angesehen werden. Die Tatsache, daß dem so ist, wird dadurch nicht aus der Welt geschafft, und da wir in der Welt leben, müssen wir mit ihr rechnen.

Die Politik, und zwar häufig eine Politik des Gefühls weit mehr als der Logik, hat durch mehr als fünf Jahre immer wieder den Abschluß eines vernünftigen für beide Teile nützlichen Handelsvertrages zwischen Deutschland und Polen verhindert; und selbst als endlich Ulrich Rauscher in Warschau mit dem polnischen Außenminister Zaleski einen Handelsvertrag unterzeichnet hatte, traten noch keineswegs sofort normale Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Staaten ein. Lange Monate hindurch war es unmöglich — und zwar aus innerpolitischen Gründen —, daß das Warschauer Parlament das Abkommen genehmigte.

Solange der alte Sejm bestand, wäre jede Session sofort dazu benützt worden, um ein Mißtrauensvotum gegen die Pilsudski-Regierung zur Annahme zu bringen.

Unter diesen Umständen war es nur verständlich, daß die deutsche Regierung vorläufig ebenfalls auf eine parlamentarische Erledigung des Handelsvertrages mit Polen verzichtete, die ohne Zweifel auch in Deutschland zu heftigen politischen Auseinandersetzungen geführt hätte, weil die Parteien der Rechten aus politischen Gründen eine starke Abneigung gegen die Normalisierung unserer Beziehungen zu Polen haben.

Nun aber hat das neue polnische Parlament gegen die Stimmen der äußersten Rechten und einiger Bauernvertreter den Handelsvertrag endgültig verabschiedet. Das war nach der ganzen grundsätzlichen Einstellung der Warschauer Regierung eigentlich selbstverständlich, und zwar schon aus dem Grunde, weil die schnelle und reibungslose Annahme des Vertrages durch Polen ein gewichtiges politisches Plus bei den deutsch-polnischen Auseinandersetzungen auch vor dem Genfer Forum bilden müßte. Ueber diese Stimmungen und Absichten der Warschauer Politik war man in Berlin seit Wochen sehr genau informiert, und es ist deshalb nicht ganz verständlich, daß bis zum heutigen Tage in der Frage des polnischen Handelsvertrages nur die eine Aeußerung der Reichsregierung vorliegt, daß sie nicht beabsichtige, die Inkraftsetzung des Vertrages auf dem Wege über das Ermächtigungsgesetz anzunehmen.

Diese Erklärung ist ein wenig mager. Der Vertrag selbst ist seit dem Tage seines Abschlusses nicht schlechter geworden. Die wirtschaftlichen Bedenken, die man gegen ihn geltend machen kann, liegen heute in erster Linie auf dem Gebiet des den Polen eingeräumten Kohlenkontingents gegen das in den letzten Wochen von verschiedenen Seiten Sturm gelaufen worden ist.

Aber die Kritiker des Polenvertrags vergessen bei ihren Berechnungen eins: die Normalisierung unserer Handelsbeziehungen zu Polen wird in absehbarer Zeit für sehr große Zweige der deutschen Industrie gute Exportmöglichkeiten bringen. Alle fachmännischen Schätzungen rechnen mit einer sehr erheblichen Steigerung unseres Exportes, teilweise sogar mit Summen, die keineswegs weit hinter denen der jetzt mit soviel Hoffnungen begrüßten Rußlandaufträge zurückbleiben.

Es sprechen also nicht nur politische, sondern mindestens ebenso stark rein wirtschaftliche Momente für eine schleunige Verabschiedung des Polenvertrags durch den Reichstag, wo übrigens jetzt nach dem Exodus der Rechtsopposition eine klare Mehrheit absolut sicher ist.

Das alles scheint man augenblicklich ein wenig über der Freude über die russischen 300-Millionen-Aufträge zu vergessen. Diese Freude ist sicher nicht unberechtigt. Aber man darf nicht außer acht lassen, daß das zusätzliche Russengeschäft nur mit Hilfe einer sehr erheblichen Ausfallgarantie des Reiches zu machen ist, einer Garantie, für die beträchtliche Sonderrückstellungen notwendig sind. Man macht also ein an sich wünschenswertes Geschäft, bei dem die Oeffentlichkeit in weit höherem Maße das geschäftliche Risiko übernimmt als die liefernde Industrie selber. Wir gönnen der deutschen Industrie von Herzen gern jeden Abschluß, der zur Ankurbelung und Steigerung unseres Exportes beitragen kann. Aber wir wünschen, daß auch die Geschäfte gemacht werden, bei denen die Oeffentlichkeit nicht in so hohem Umfange wie bei dem Russengeschäft das Risiko zu übernehmen hat. Und